„Der Courier"
ist die führende Zeitung für die deutsch sprechenden Canadier.
Erscheint jeden Mittwoch.
Bezugspreis:
für Canada $2.50
für Ausland $3.50
Büros und Druckerei:
1835 Halifax Straße, Regina.

Der Courier

Organ der deutschsprechenden Canadier

"The Courier"
is the leading Canadian Paper in the German language.
Issued every Wednesday.
Subscription price:
in Canada $2.50
to foreign countries .. $3.50
Offices and printing plant:
1835 Halifax Street, Regina.

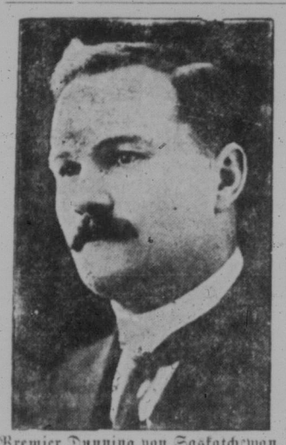
18. Jahrgang. | 16 Seiten | Regina, Saskatchewan, Mittwoch, den 28. Oktober 1925 | 16 Seiten | Nummer 51

Toronto jubelt Dunning entgegen.

Premier von Saskatchewan vertritt Standpunkt des Westens

Riesige liberale Versammlung in der Massey-Halle in Toronto mit Premier King und anderen als Rednern.

Toronto. — Letzten Freitag hatten sich in der Massey-Halle zu Toronto nicht weniger als 3500 Menschen eingefunden, wozu außerhalb des Versammlungslokals noch 5000 weitere hinzukamen, die mit Hilfe von Lautverstärkern die Ausführungen der Redner vernehmen konnten. Mit besonderer Begeisterung wurde Premier Dunning von Saskatchewan von den liberalen Parteifreunden des Ostens empfangen, die ihm zujubelten und seiner Rede stürmischen Beifall zollten. Außer ihm sprachen noch Hon. Vincent Massey, Hon. Ernest Lapointe und Premier King.



Premier Dunning von Saskatchewan.

„Nationale Einigkeit" war das Thema jeder Rede. Justizminister Lapointe bezeichnete es als dringend notwendig, die Kluft zwischen dem Osten und Westen zu überbrücken. Premier Dunning von Saskatchewan legte den Standpunkt des Westens dar und bezeichnete den Tarif als eine Steuer, und zwar als die höchste, die einem Volke auferlegt werden könne. Er habe ein konservatives Plakat gesehen, auf dem zu lesen gewesen sei: „Hoher Schutzzoll, niedere Steuern." Das sei ein Widerspruch in sich selbst. Er nahm auch Bezug auf die Frachtvergünstigungen, die Arthur Meighen dem Westen verspreche. Das sei ein wertloses Angebot, das sei ein Pferdehandel, ohne daß Meighen ein eigenes Pferd zeige. Wenn die Frachtvergünstigung so weitgehend sein würde, daß der Farmer des Westens seine Produkte auf die Märkte des Ostens versenden und dort mit den Farmern Ontarios konkurrieren könne, so würde eine solche Frachtvergünstigung in Ontario sich sehr unbeliebt machen.

Premier Dunning verlangte eine Tarifpolitik, die ganz Canada Rechnung trage. Wenn Saskatchewan allein wäre, könnte es mit Recht vollen Freihandel beanspruchen. Aber Saskatchewan sei nicht ganz Canada, ebensowenig wie Ontario. Die beiden Extreme könnten nicht dem canadischen Volke dienen, weder der absolute Freihandel, noch der Hochschutzzoll.

Premier Mackenzie King wiederholte seine Einladung an Premier Dunning, sich dem canadischen Kabinett anzuschließen. Ferner meinte der Premier, das Land habe ein Recht darauf, zu erfahren, wen Meighen in seine Regierung hineinnehmen wolle, wenn er Premier werden sollte. Auch King bekannte sich mit Nachdruck zu einer Politik der nationalen Einheit, welche schon stets das Ziel der liberalen Partei gewesen sei.

582 Nominationen in Canada.

Keine Akklamation in den 245 Wahlkreisen

37 unabhängige Kandidaten.

Ottawa. — Der endgültige Nominationstag des 22. Oktober ergab 582 Kandidaten in 245 Wahlkreisen. Die liberale Partei hat 216 offizielle Kandidaten im Feld, die konservative Partei 239, die progressive Partei 69, die Arbeiterpartei 21, wozu noch 37 Unabhängige kommen, von denen allein 15 auf die Provinz Québec und 11 auf Ontario treffen.

Bemerkenswert ist, daß in der ganzen Dominion nicht eine einzige Akklamation zu verzeichnen ist. Die Parteiführer, King, Meighen und Forke stehen in ihren Wahlkreisen in direkten Kämpfen. King in North York, Meighen in Portage la Prairie und Forke in Brandon. Weiterhin stehen vier Frauen im Felde, unter ihnen Frau Rose Henderson in Britisch Columbien.

In den drei Prärieprovinzen sind folgende Kandidaten nominiert (L. = liberal, K. = konservativ, P. = progressiv, Lab. = Labor und Ind. = Independent):

Saskatchewan:

Assiniboia — N. B. McKenzie, L.; Jos. Hill, K.; O. R. Gould, P.

Battleford North — C. R. McIntosh, L.; A. C. Panton, K.; C. C. Davies, P.

Battleford South — J. Vallance, L.; J. A. Hagerman, K.; S. Bingham, P.

Humboldt — A. F. Totke, L.; E. S. Wilson, K.; C. W. Stewart, P.

Kindersley — Hon. W. C. Sutherland, L.; J. L. Atcheson, K.; A. M. Carmichael, P.

Last Mountain — Harry Butcher, L.; A. M. Matthewson, K.; W. R. Fansher, P.

Long Lake — Stewart Adrain, L.; J. F. Johnston, P.; H. W. Wetcheson, Ind. P.

Mackenzie — J. A. McMillan, L.; M. Campbell, P.

Maple Creek — George Spence, L.; Dr. J. B. Swanston, K.; N. H. McTaggart, P.

Melfort — M. McLean, L.; H. E. Keown, K.; R. F. Greaves, P.

Melville — Hon. W. R. Motherwell, L.; F. Dinnin, K.; W. J. Heyburn, P.

Moose Jaw — G. Roff, L.; Wellington White, K.; E. N. Hopkins, P.

Prince Albert — C. McDonald, L.; J. G. Diefenbaker, K.; Andrew Knox, P.

Qu'Appelle — W. W. Lynd, L.; John Millar, P.

Regina — F. R. Darke, L.; F. W. Turnbull, K.; M. J. Coldwell, P.

Rosetown — A. W. Mooney, L.; W. W. Miller, K.; John Evans, P.; E. P. Gifford, P.

Saskatoon — Dr. A. MacG. Young, L.; F. R. McMillan, K.; W. L. Kirkpatrick, P.

Swift Current — E. Bothwell, L.; A. J. Lewis, P.

Weyburn — E. Young, L.; T. H. Hillier, K.; J. Morrison, P.

Willow Bunch — Dr. T. S. Donnelly, L.; A. E. McKinnon, K.; R. M. Johnson.

Yorkton — G. W. McPhee, L.; Dr. J. G. Garvin, K.; A. C. Stewart, P.

Manitoba:

Brandon — D. W. Beaubier, K.; Robert Forke, P.

Dauphin — J. L. Bowman, K.; W. J. Ward, P.

Lisgar — W. J. Rowe, L.; J. L. Brown, P.

Macdonald — H. E. Robinson, L.; W. J. Lovie, P.

Marquette — W. Iverach, L.; Col. H. A. Mullins, K.; C. S. Stevenson, P.

(Fortsetzung auf Seite 8.)

7000 Menschen umgekommen

Karachi, Britisch Indien, 25. Okt. — Durch einen cyklonartigen Sturm, begleitet von einem Erdbeben, sind an der Küste des Persischen Golfes 7000 Menschen umgekommen. Mehr als 200 Boote von der Perlenfischerflotte sind vernichtet. Die Inseln Tamb und Henjam wurden von dem Beben stark erschüttert.

Canada und die Locarno-Konferenz.

Keine Klarheit über die Neutralitätsfrage

Bemerkenswerte Anfrage von John S. Ewart, K.C.

In den letzten Tagen ist das Interesse für den Wahlkampf etwas lebhafter geworden, wobei jedoch zwischen Westen und Osten zu unterscheiden ist. Die Provinz Quebec zum Beispiel nimmt weit regeren Anteil an der zukünftigen Gestaltung der canadischen Geschicke als die Prärieprovinzen. Die Französischcanadier, unter denen der unabhängig-konservative Patenaude und der unabhängige Kandidat Henri Bourassa mit selbständigen Ideen auftreten, bringen Gedanken zum Ausdruck, denen die Führer der drei großen Parteien mit einer gewissen Scheu aus dem Wege gehen. Es sei nur an die Forderung nach völliger Neutralität Canadas in zukünftigen Kriegen, die nicht direkt sein Gebiet bedrohen, oder an das Verlangen nach völliger Gleichberechtigung der nationalen Minderheiten in allen Teilen unseres Landes erinnert.

Die Frage der Neutralität ist durch die Konferenz von Locarno gerade in diesem Augenblick akut geworden. Zwar wird in dem deutsch-französischen Sicherheitspakt ausdrücklich erklärt, daß die britischen Dominien und Indien nicht berechtigt seien, diesem Pakt beizutreten. Zwar erklärt die englisch-canadische Presse, um ihren Lesern eine Art Beruhigungspille zu verabreichen, die canadische Regierung werde in Zukunft nur nach Befragung des Parlaments sich in ein neues kriegerisches Abenteuer einlassen. Kann man aber vom canadischen Parlament im Ernstfalle das Bekenntnis zur Neutralität erwarten, wenn die großen Parteien und ihre Wahlkandidaten davor zurückschrecken, in eindeutiger Weise sich auf einen festen Standpunkt in dieser Frage festzulegen?

Der canadische Rechtsgelehrte John S. Ewart, der unseren Courier-Lesern schon durch sein mutiges Eintreten für Gerechtigkeit in der Kriegsschuldfrage bekannt ist, hat vollkommen recht, wenn er in einer offenen Anfrage an Premier King, Arthur Meighen, Robert Forke und Patenaude bemerkt:

„Die Frage für uns ist einfach: ob wir freiwillig noch einmal an einem europäischen Kriege teilnehmen wollen, wenn trotz der Pakte und der Schiedsgerichtsverträge der Krieg neuerdings ausbricht."

Mit Ausnahme Bourassas hat sich kein namhafter Politiker Canadas bis jetzt zu dieser Frage geäußert. Nur einige konservative Blätter, die ihre alte Liebe zum britischen Reich nicht vergessen können, arbeiten bereits auf freiwilligen Beitritt Canadas zum deutsch-französischen Sicherheitspakt hin. Selbst wenn das, wie wir hoffen wollen, nicht zustande kömmt, so hängt das Damoklesschwert einer möglichen Teilnahme Canadas an einem neuen kriegerischen Unternehmen in Europa, Afrika oder Asien doch weiterhin über diesem Lande. Denn wer kein Neuling in der Politik ist weiß, wie schnell oft eine Parlamentsmehrheit für einen Beschluß gewonnen werden kann, der nachträglich sich als ein ungeheuerlicher Fehlgriff erweist, oder wie rasch oft durch eine gewissenlose Pressepropaganda das Volk in einen wahren Herentanzel hineingestürzt wird.

Wie leicht ein neuer Weltbrand aus geringfügigen Anlässen entstehen kann, zeigt das neuerliche Brodeln im balkanischen Kessel. Es bedarf oft zur kleiner Anstöße, um ein Uebergreifen solcher Streitigkeiten, wie sie sich jetzt zwischen Griechen-

(Fortsetzung auf Seite 8.)

Deutschnationale gegen Locarno-Pakt

Berlin, 25. Okt. — Der Reichsausschuß der Deutschnationalen Partei nahm am Freitag eine Resolution an, nach der die Ergebnisse der Sicherheitskonferenz von Locarno für die Partei unannehmbar sind.

In parlamentarischen Kreisen nimmt man an, daß die Resolution als ein Anzeichen für den bevorstehenden Austritt der Deutschnationalen aus der Koalitionsregierung unter Reichskanzler Dr. Luther zu gelten habe. Weite Kreise jener Partei, die bis zum Eintritt in die Regierung Luther in schärfster Opposition gegen Erfüllungs- und Verständigungspolitik der früheren Regierungen von Wirth bis Marx standen, sind in der letzten Zeit außerordentlich unzufrieden geworden, weil die deutschnationalen Minister im Grunde die nämliche Politik betrieben und betreiben mußten wie die sozialdemokratischen und demokratischen Minister der anderen Kabinette nach der Revolution. Dadurch wurde das Vertrauen zum nationalen Befreiungswillen der deutschnationalen Partei in starkem Maße im Volke erschüttert.

Französischer Franc in rapidem Fallen

Paris, 21. Okt. — Die Ungewißheit der politischen Lage und die Wahrscheinlichkeit einer weiteren Inflation der französischen Währung um 8 bis 10 Milliarden Francs nach Wiederzusammenkunft der Deputiertenkammer in nächster Woche üben einen schweren Druck auf den Kurs des Franc aus und bewirkten an der Börse einen rapiden Sturz des Franc.

Das Ende einer Kriegslüge

New York, 24. Okt. — Die Lüge, daß Deutschland die Leichen der gefallenen Soldaten abkochte, um Fett für Bodendüngung zu erhalten, war zurückzuführen auf britische Propaganda in China. So erzählte hier Brig.-Gen. J. B. Charters, Kriegschef des britischen Nachrichtenwesens und Erfinder der Geschichte. Er führte die Geschichte an, um ein Beispiel für die ertaunliche Macht der Propaganda zu geben. Als England in Unruhe geriet über die deutschfreundliche Stimmung in China, begann die Bekämpfung dieser Stimmung damit, daß er von zwei Bildern, deren eines gefallene Soldaten zeigte, die zur Beerdigung nach der Heimat verschickt wurden, und deren anderes Pferdekadaver setzen ließ, die für Dünngezwecke Verwendung finden sollten, Text und Titel vertauschte.

* * *

Stück um Stück bröckelt ab von dem Gebäude, in dem während des Krieges die vergifteten Waffen gegen das deutsche Volk geschmiedet wurden. Zum Schlusse bleibt nur noch die Schande für jene übrig, welche mit solchen schmutzigen Mitteln gearbeitet haben, und für jene, welche dummgläubig darauf hereingefallen sind.

17,000 französische Verluste

Paris, 21. Okt. — Frankreich hat bisher bereits mehr als 17,000 Mann in Marokko und Syrien verloren. Seitdem es das Protektorat über Marokko und das Völkerbundsmandat über Syrien übernommen, sind Kosten in Höhe von mehr als drei Billiarden Francs verursacht worden. Dahin geht die Information, die Premier Painlevé dem Finanzausschuß der Kammer erteilte.

Die Verluste in Marokko betragen 2176 Tote und 8297 Verwundete, die in Syrien 6623 Tote, Verwundete oder Vermißte. Von den Kosten entfallen 90 Millionen Francs auf Marokko und mehr als zwei Milliarden auf Syrien.

Der Premier kündigte an, daß von der Kammer ein neuer Kredit in Höhe von 300 Millionen Francs für den Marokko-Feldzug gefordert werden würde.

Neue Entwaffnungs-Schikanen.

Alliierte stellen weitere Forderungen an die deutsche Regierung

Verhandlungen zwischen Berlin und Paris.

Berlin, 26. Okt. — Man erwartet hier eine rasche Beilegung der Meinungsverschiedenheiten Deutschlands mit dem Botschafterrat bezüglich der Behauptungen der Alliierten, daß Deutschland seinen Abrüstungsverpflichtungen nicht vollkommen entsprochen hätte. Ein Uebereinkommen über diesen Punkt wird, wie man zuversichtlich hofft, den Weg zu der Räumung der Kölner Zone noch vor der Unterzeichnung der Locarno-Verträge am 1. Dezember ebnen.

Botschafter von Hoesch, der nach längeren Konferenzen mit dem Außenamte nach Paris zurückkehrte wird Außenminister Briand auseinandersetzen, daß die deutsche Regierung bereit sei, einige der hauptsächlichsten Forderungen der Alliierten die diese in ihrer letzten Entwaffnungsnote erhoben, zu erfüllen. Darunter wird das Verlangen nach einer Verminderung der nationalen Polizei auf einen Mannschaftsstand von 100,000 genannt. Da jetzt 130,000 Mann im Dienst stehen, will jedoch die deutsche Regierung ersuchen, daß man ihr gestatten möge, die Reduktion nach und nach vorzunehmen, um den entlassenen Mannschaften Gelegenheit zu geben, anderweitige Beschäftigung zu finden.

Es wird gleichzeitig mitgeteilt, daß infolge der Besprechungen in Locarno zwischen den Außenministern Briand, Chamberlain und Stresemann einige der alliierten Entwaffnungsforderungen zurückgestellt wurden.

Bezüglich des Verlangens, daß die nationale deutsche Polizei um ihr keinen militärischen Charakter zu geben, nicht in Kasernen untergebracht werden sollten, will die deutsche Regierung darauf aufmerksam machen, daß es wegen möglicher politischer Unruhen, die ein rasches Eingreifen verlangen, notwendig wäre, wenigstens ein Drittel der Polizeimannschaften in den Großstädten zu kasernieren.

Der Forderung auf Zerstörung aller Maschinerie in Industrieanlagen, die zur Fabrikation von Kriegsmaterial verwendet werden könnte, ist bereits entsprochen worden.

Einer der Punkte, über den man sich noch nicht geeinigt hat, ist die verlangte Dezentralisierung des Oberbefehles über die Reichswehr. General von Seeckt hat in seiner Eigenschaft als Stabschef die Jurisdiktion über sieben Armeebezirke. Man glaubt aber, auch hierüber bald zu einer Verständigung zu kommen und damit die endgültige Auflösung der Kontrollkommission anzubahnen.

Kommunisten als Denkmalsprenger.

Berlin, 23. Okt. — Gestern Abend wurden in Breslau zwei Arbeiter verhaftet, die in den Sockel des Denkmals Wilhelms I. ein großes Loch gemeißelt hatten. Sie gaben zu, Kommunisten zu sein und erklärten der Polizei, sie hätten beabsichtigt, das Denkmal mit Dynamit in die Luft zu sprengen.

Das erste erfolgreiche Jahr des Saskatchewan Weizenpool.

Direktorenbericht auf Delegatenversammlung in Regina

Hervorragende Leistung der zentralen Verkaufsagentur.

Regina. — Die erste Jahresversammlung des Saskatchewan-Weizenpool, die in den letzten Tagen in Regina abgehalten wurde, war von 145 Delegaten besucht. Nach dem Direktorenbericht, der das erste Geschäftsjahr bis zum 31. Juli 1925 umfaßte, betrugen die Betriebskosten insgesamt $319,821 oder etwas mehr als einen halben Cent auf das vermarktete Getreide. Die Auslagen setzten sich zusammen aus folgenden Posten: Geschäftsleitung $98,745, Geschäftsstelle in Regina und Gehälter $195,050, Geschäftsstelle in Winnipeg und Gehälter $5,396. Abrechnung mit den Elevatoren $141,947 usw. Kontrakte sind für 9,331,700 Acker oder 71.8 Prozent des mit Weizen bebauten Landes der Provinz abgeschlossen worden. Bis 14. Oktober sind 39,197,529 Buschel geliefert worden im Vergleich mit 19,200,000 Buschel in der gleichen Zeit des Vorjahres.

Der weitere Teil des Direktorenberichts befaßt sich mit der Elevatorfrage und mit den Verhandlungen, die in dieser Angelegenheit mit der Saskatchewan Co-operative Elevator Company und mit der United Grain Growers geführt worden sind. 86 Elevatoren sind erworben worden, weitere vier werden an neuen Zweigbahnen im südlichen Teil der Provinz gebaut. Insgesamt sind bis jetzt 52 Poolelevatoren erbaut.

Der zentralen Verkaufsagentur wird hohes Lob gespendet. Sie war von vollem Erfolg begleitet und hat sich für den Farmer als wertvolles Vermarktungsinstrument erwiesen. Wenn auch drei eigene provinzielle Pools bestehen, die ihre Aufgabe in der Organisation und in dem Weitervertrieb des Getreides erblicken so muß doch als Hauptziel die interprovinziale Zusammenarbeit gelten. Durch Konzentrierung der Vermarktung des westlichen Getreides hat die zentrale Verkaufsagentur eine beträchtliche Ersparnis bewirkt. Diese Stelle hat im letzten Jahr 81,399,882 Buschel Weizen für die drei Provinzen vermarktet und zwar von

Manitoba	8,426,324 Buschel
Saskatchewan	50,093,753 Buschel
Alberta	22,879,805 Buschel

Im letzten Jahr wurden ferner zwei „Terminals" betrieben, die nun auf drei Jahre gepachtet sind. Ein weiterer „Terminal" mit einer Fassungskraft von 1,500,000 Buschel wurde gekauft. Alle drei fassen insgesamt 2,500,000 Buschel.

Geplant ist die Abhaltung einer Konferenz der Weizenfarmer-Vereinigungen Canadas und der Ver. Staaten, wozu auch Vertreter von Australien eingeladen werden sollen.

Ausbezahlt wurden: $14,877,869 für die Anfangszahlung, $16,619,513 für die erste Teilzahlung, $9,103,774 für die zweite Teilzahlung, sodaß für die Schlußzahlung noch $4,120,085 zur Verfügung standen.

* * *

Die Hauptgeschäftsstelle des Saskatchewan Weizenpool teilt dem Courier noch folgende Aeußerungen führender Männer mit, die auf der Delegatentagung in Regina gesprochen haben:

Leiter der Verkaufsabteilung D. L. Smith: „Es muß in Betracht gezogen werden, daß wir eine gewaltige Organisation aufzubauen haben und daß wir mit mancherlei Schwierigkeiten zu rechnen haben, wenn wir unsere Beziehungen in der Welt entwickeln wollen. Wir haben unsere Ausfuhrverbindungen in sehr erfolgreicher Weise ausgebaut und sind nun in jedem Käuferland der Welt vertreten."

Präsident F. W. Wood vom Alberta-Pool: „Es scheint, daß einmal der Tag kommen wird, an dem wir einfach einen Getreidepool anstatt eines Pools für Weizen, Hafer, Gerste, Roggen haben werden. Wir haben in Canada in einfachster Weise angefangen; denn wenn wir nicht einen Artikel „verkaufen" können, können wir ein recht nicht zwei verkaufen. Zu meiner Befriedigung kann ich sagen, daß das Volk überall den Wert der genossenschaftlichen Vermarktung der Farmprodukte verstanden hat."

Kommt ein neuer Balkankrieg?

Griechische Truppen stoßen auf bulgarischem Gebiet vor

Völkerbund um Vermittlung angerufen.

Kaum waren in Locarno die europäischen Sicherheitspakte abgeschlossen, da entbrannte auf dem Balkan ein wütender Kampf zwischen Griechen und Bulgaren, gewissermaßen wie ein Hohn auf die große europäische Diplomatie, die an die Seite des Versailler Vertrages ein neues Flick- und Stückwerk gesetzt hat.

Schon zu Anfang August war gemeldet worden, daß die Situation entlang der griechisch-bulgarischen Grenze infolge der Ermordung eines angesehenen griechischen Bürgers auf bulgarischem Boden eine gespannte sei. Griechenland hat hierauf Truppen an die Grenze geschickt und auf diese Weise die geforderte Genugtuung von der bulgarischen Regierung erzwungen. Der neue Zwist ist wiederum durch eine geringfügige Ursache entstanden. Bulgaren sollen bei Demirhisar einen griechischen Grenzposten angegriffen und einen griechischen Zollbeamten getötet haben. Als ein griechischer Hauptmann mit einer Parlamentärflagge hinausging, wurde er totgeschossen. Ein allgemeiner Kampf entspann sich hierauf, der 24 Stunden später beendigt wurde, als die Bulgaren eine weiße Flagge aufzogen. Der bulgarische Befehlshaber erklärte, ein Mißverständnis habe zum Feuern Anlaß gegeben.

Doch alle Einlenkungsversuche der Bulgaren stießen bei den Griechen auf glatte Abweisung. Die Griechen scheinen vielmehr der Meinung zu sein, nunmehr sei der Zeitpunkt gekommen, um auf bulgarischem Gebiet neue Eroberungen zu machen. Die Gelegenheit ist für die griechischen Hammeldiebe um so günstiger, als ja die bulgarische Armee durch den Gewaltfrieden auf einige tausend Mann herabgesetzt ist und daher den fremden Eindringlingen nicht den nötigen Widerstand entgegensetzen kann.

Nach den letzten Nachrichten rücken die griechischen Truppen auf einer Front von 15 Kilometern auf bulgarischem Boden vor und beschießen mit ihrer Artillerie friedliche bulgarische Dörfer und Städte. Petrich soll ganz in Trümmern liegen. Piperritza und Petrong sollen schwer beschädigt sein. Die schwachen bulgarischen Streitkräfte müssen vor der griechischen Uebermacht zurückweichen. Mit ihnen ziehen Tausende von Flüchtlingen, die von den Griechen von Haus und Hof vertrieben worden sind.

Die Bulgaren wandten sich mit der Bitte um vermittelndes Eingreifen an den Völkerbund. Der Völkerbundsrat wurde sofort einberufen, um einen neuen Balkankrieg zu verhindern oder die bereits auflodernden Flammen in den Anfängen zu ersticken.

Die Regierungen von Rumänien, der Tschechoslowakei und Jugoslavien erklärten ihre Neutralität. Belgrad ist bestrebt, jeden Kampf von der serbischen Südgrenze fernzuhalten.

Gräfin Karolyi von Ver. Staaten ausgeschlossen.

Washington, 24. Okt. — Der Gräfin Karolyi, Gattin des Grafen Michael Karolyi, des früheren Präsidenten der Republik Ungarn, ist die Erlaubnis versagt worden, nach den Ver. Staaten zu kommen, um hierzulande ein Vortragstournee zu veranstalten. Der amerikanische Generalkonsul in Paris verweigerte ihr das Paß-Visum, und diese seine Weigerung, auf Grund des Gesetzes, welches Ausländer von bekannter revolutionärer Gesinnung aus dem Lande ausschließt, ist nachträglich vom Staatsdepartement gutgeheißen worden.

Macht Gebrauch von Eurem Wahlrecht!

Jeder wahlberechtigte canadische Bürger mache am 29. Oktober nach reiflicher Ueberlegung in richtiger Weise von seinem Wahlrecht Gebrauch. Wir Deutschsprechenden dürfen in dieser Beziehung hinter den anderen nicht zurückstehen. Jeder muß vielmehr soviel Interesse für sein neues Land aufbringen, daß er am Wahltag auch nicht die Opfer und Mühen scheut, die mit der Ausübung des Wahlrechtes unter Umständen verbunden sein können.

Bürgerrecht bedeutet auch Bürgerpflicht. Eine der vornehmsten Bürgerpflichten in einem demokratisch regierten Lande ist die Stimmabgabe für jenen Kandidaten, der nach unserer Ueberzeugung am besten dem Gemeinwohl des großen Ganzen dienen kann.

Darum heraus am 29. Oktober! Keiner bleibe zu Hause, damit die Stimme des Volkes zu klarem Ausdruck gelangt! Wer nicht wählt, hat auch kein Recht, sich späterhin über diese oder jene Maßnahme des Parlamentes zu beklagen.